

## Umfrage: Familienpolitik in Gegenwart und Zukunft

*Nach der gescheiterten Abstimmung zur Volksinitiative zum Familienzulagengesetz von 2016 richtete das Ministerium für Gesellschaft die Arbeitsgruppe «Familienpolitik» ein, in der das Schulamt, das Amt für Soziale Dienste, die Arbeitgeberverbände, der LANV sowie weitere NGO's Einsitz haben. Die Arbeitsgruppe gab der Regierung den Anstoss, eine Bedarfserhebung bei den in Liechtenstein wohnhaften Familien mit Kindern unter 12 Jahren durchzuführen.*

Die Ergebnisse der vom Liechtenstein-Institut durchgeführten Umfrage wurden am 17. Mai 2018 in Eschen der Öffentlichkeit vorgestellt. Die Umfrage gliederte sich methodisch in zwei Teile. Zuerst wurde eine Online-Umfrage erstellt und im Anschluss wurden sechs Fokusgruppengespräche mit Teilnehmenden durchgeführt. Die vollständigen Umfrage-Ergebnisse sind unter [www.liechtensteininstitut.li](http://www.liechtensteininstitut.li) publiziert.

### Umfrageteilnehmerinnen und -teilnehmer

Die Umfrage erging an 5'440 Adressaten (ein Brief pro Paarhaushalt). 974 gültige Fragebögen wurden ausgewertet, 2/3 von Frauen und 1/3 von Männern. 69 % der Teilnehmenden besitzen die liechtensteinische Staatsbürgerschaft, 13 % die schwei-

Die Umfrage zeigt, dass Massnahmen auf unterschiedlichsten Ebenen gewünscht werden:

- Bezahlte Elternzeit
- Verlängerung des Mutterschaftsurlaubs
- Mehr und der Qualifikation entsprechende Teilzeitangebote für Frauen und Männer
- Verständnis und Entgegenkommen der Unternehmen betreffend Elternzeit, Reduktion des Arbeitspensums u. a.
- Vorreiterrolle der öffentlichen Hand als familienfreundlicher Arbeitgeber
- Finanzielle Besserstellung von Familien
- Verbesserungen für Eltern, die wegen der Kinderbetreuung auf eine Erwerbstätigkeit verzichten, beispielsweise in der Altersvorsorge oder Unterstützung von Personen, die unentgeltlich Kinder betreuen (z. B. Grosseltern, Freunde)
- Stärker subventionierte Angebote ausserfamiliärer Kinderbetreuung
- Ausbau von familienfreundlichen Massnahmen an Schulen
- Bessere Informationen über bestehende Angebote und Möglichkeiten.

zerische, 6% die österreichische und 5% die deutsche. Lediglich 7 % der Befragten haben eine andere Staatsbürgerschaft. Um die Bedürfnisse ausländischer Familien, die in Liechtenstein leben und arbeiten und oftmals auf zwei Einkommen angewiesen sind, zu erfahren, hätten wir uns die Umfrage in mehreren Sprachen gewünscht. Dem ist die Regierung aus Kostengründen leider nicht nachgekommen.

### Bezahlte Elternzeit

Auffallend ist, dass sich 76 % der Teilnehmenden eine bezahlte Elternzeit wünschen. Knapp die Hälfte spricht sich für die Bezahlung in der Grössenordnung von 80 % des Lohnes aus, ein Viertel wäre mit 60 % einverstanden. Die Bereitschaft,

dafür höhere Steuern zu bezahlen, ist vorhanden. Frauen sind dafür eher bereit. Die Regierung ist nun gefordert, zusammen mit der Arbeitsgruppe Prioritäten zu setzen und aus der Fülle von Ergebnissen Verbesserungen in der Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu erarbeiten. Wir werden uns weiterhin für eine gesetzlich verankerte bezahlte Elternzeit in Liechtenstein einsetzen und einen Vorschlag zur Finanzierung eines 16-wöchigen Elternurlaubs ausarbeiten. Wir sind überzeugt, dass bezahlte Elternzeit in Liechtenstein finanzierbar ist und erwarten Zugeständnisse seitens der Politik. ■

Martina Haas